

Seite 3

Fast schon nordkoreanische Verhältnisse

An Sachsens Schulen herrscht Notstand: 1 500 Lehrer fehlen, Referendare wandern ab, Quereinsteiger kapitulieren. Und Verhandlungen am Kabinetttisch enden meist ohne Ergebnis, aber dafür mit der Gründung einer neuen Kommission

VON BERNHARD HONNIGFORT



„Einfach keine Wertschätzung.“ Lehrerveranstaltung in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden.

DPA/SEBASTIAN KAHNERT

DRESDEN. Noch einmal umziehen? In ein anderes Bundesland? „Nein, eigentlich nicht“, sagt Christian Kühne. „Ich möchte hier bleiben, und ich möchte, dass sich hier etwas zum Besseren ändert.“

Hier, das ist Sachsen. Kühne, 35 Jahre alt, eine große und sportliche Erscheinung, ist Lehrer. Er ist das gerne, man könnte sagen, mit Leib und Seele. Er kommt aus Bautzen, lebt in Dresden, unterrichtet Geschichte und Kunst an der 121. Oberschule. Er gibt 26 Stunden die Woche. Seine Frau Anja unterrichtet ebenfalls. Beide wohnen mit Tochter Paula, 3, in einer Dreieinhalbzimmer-Wohnung, 1 100 Euro Warmmiete. Seine Oberschule, früher hieß es: Mittelschule, betreut 429 Kinder. Sachsen hat ein zweiteiliges System aus Gymnasium und Oberschule: Letztere vereint die früheren Mittel- und Hauptschulklassen.

Nun sitzt er in seiner Küche und erzählt, wie es ist, ein Lehrer in Sachsen zu sein, in dem Land, das seine Pädagogen deutschlandweit am schlechtesten bezahlt. Er war nach seinem Lehramtsstudium in Dresden drei Jahre Referendar und Lehrer im hessischen Marburg: 2 600 Euro netto monatlich. Dann zog es ihn und seine Frau zurück Richtung Osten. Brandenburg an der Havel: 2 236 Euro netto. Schließlich ging es aus familiären Gründen zurück nach Sachsen, Anfangsgehalt 1 715 Euro netto.

Sechs Jahre im Beruf, aber finanziell ging es immer weiter nach unten. Christian Kühne geht es wie vielen Oberschullehrern in Sachsen: Viel Arbeit, wenig Geld, von den Eltern kommen Anerkennung oder Mitleid, von der verantwortlichen Landesregierung kommt nichts.

Systematisch heruntergewirtschaftet

Sachsen ist ein eigenartiges Bundesland. Es hat immer auf Eliten und Bestenförderung gesetzt und schneidet bei Pisa-Vergleichen immer gut ab. Bei den Untersuchungen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist Sachsen seit zehn Jahren Klassenbeste. Andererseits sind ihm seine Lehrer von Anfang an nicht viel wert gewesen: Auch wenn Oberschullehrer Ähnliches unterrichten wie ihre Kollegen an den Gymnasien und oft vor deutlich schwierigeren Aufgaben stehen, bekommen sie seit Jahren 400 bis 600 Euro netto weniger dafür. Im Vergleich mit westdeutschen Bundesländern sieht es noch finsterner aus. Verbeamtungen gibt es – außer für Schulleiter – in Sachsen nicht. Das ist sonst nur noch in Berlin und Thüringen so.

Treffen mit Peter Lorenz, 55 Jahre alt, Unternehmer, Vorsitzender des sächsischen Landeselternrates. Der Mann ist ein impulsiver und gut gelaunter Hüne. Er kommt viel herum im Land, er hat nicht viel Zeit und von der wenigen Zeit verbringt er den größten Teil mit Lehrern, Eltern und Mitarbeitern des Dresdner Kultusministeriums. „Sachsen hat seine Schulen systematisch heruntergewirtschaftet“, sagt Lorenz. „Das System ist ausgebrannt. Die Regierenden denken nur wirtschaftlich. Hier zählt nur die Elite.“

Tatsächlich hat Sachsen gerade gewaltige Probleme, den Schulbetrieb überhaupt am Laufen zu halten. Kaum jemand will Lehrer werden, Oberschullehrer noch weniger und wenn doch, dann bitte im gemütlichen Dresden oder im hippen Leipzig, aber nicht auf einem Dorf im Erzgebirge, im Vogtland oder in einer Kleinstadt an der polnischen Grenze. Peter Lorenz kann das mit Zahlen belegen: Von 2 000 Lehramtsstudenten, die aktuell in Sachsen ausgebildet werden, stammen 1 000 aus Sachsen und 1 000 aus anderen Bundesländern. Mit ihnen rechnen kann man nicht. Denn von den 1 000 sächsischen Junglehrern wollen 782 ihre Heimat verlassen und lieber woanders arbeiten. Und von den 1 000 Studenten aus dem großen Rest der Republik, die in Sachsen auf Lehramt studiert hätten, sind es 989, die gehen wollen.

„Was sind das für Zahlen?“, fragt sich Lorenz. „Da kann man die Lehrerausbildung auch ganz lassen.“

Im Dresdner Kultusministerium ist das Problem seit Ewigkeiten bekannt. Vor vier Jahren warf Thomas Colditz, der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, entnervt hin. Er sprach von einem „Etikettenschwindel“, als damals Mittelschulen in Oberschulen umbenannt wurden, sich ansonsten aber nichts änderte. „Außen ein neuer Name und drinnen fehlen die Lehrkräfte“, kritisierte er und gab sein Amt ab. „Wir gehen durch ein Tal der Tränen“, beschrieb kürzlich sogar die Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU) die Lage. Sie war selbst lange Lehrerin, steht auf der Seite der Lehrer und setzt sich für deren Verbeamtung ein, weil man nur so wieder wettbewerbsfähig werden könne. Bisher sind ihre Bemühungen erfolglos gewesen.

Wie Sachsen geht es auch anderen ostdeutschen Bundesländern. Rund 790 000 hauptberufliche Lehrer gibt es in Deutschland. Insgesamt rechnet die Kultusministerkonferenz damit, bis 2025 rund 25 200 neue Pädagogen zu brauchen. Je nach Region fallen die Prognosen sehr unterschiedlich aus. So können in den ostdeutschen Bundesländern vermutlich in jedem Jahr etwa 27 Prozent der Lehrerstellen nicht besetzt werden. In den westdeutschen Bundesländern dagegen finden 38 Prozent aller Lehrer keine Stelle. Das hat mit der Bevölkerungsentwicklung zu tun. Nach dem Mauerfall sind die Geburtenzahlen im Osten rapide gesun-

ken. Es gab auf einmal viel zu viele Lehrer und zu viele Schulen. Junge Leute wanderten in den Westen ab, weil sie sich da bessere Jobchancen versprachen. Um Entlassungen zu vermeiden, schickte Sachsen viele Lehrer in Teilzeitarbeit bei deutlichen Gehaltseinbußen. Außerdem wurden über 1 000 Schulen geschlossen. Nun steigen die Geburtenzahlen wieder, nirgendwo in Deutschland werden mehr Babys geboren als in Sachsen, auch die Abwanderung der Bevölkerung Richtung Westen ist großenteils gestoppt, der Landeshaushalt weist jedes Jahr rund eine Milliarde Euro plus aus. Aber an dem strikten Sparkurs in der Bildungspolitik hat sich nichts geändert.

„Ein finanzielles Musterlände“, spottet Elternvertreter Peter Lorenz. „Aber auf Kosten der Bevölkerung.“ In Sachsen mache eben in Wahrheit der Finanzminister die Schulpolitik, die zuständige Kultusminister-



BLZ/HONNIGFORT

Christian Kühne, 35, hat in Dresden auf Lehramt studiert und ist seit sechs Jahren im Beruf. In dieser Zeit ging es finanziell immer weiter nach unten. Sachsen ist deutschlandweit das Bundesland, das Lehrer am schlechtesten bezahlt.

rin habe wenig zu melden, und Ministerpräsident Stanislaw Tillich schau dem Treiben nur zu.

Jahrelang ging das so, Schulpolitik war Sparpolitik, ein Steinbruch, aus dem sich immer etwas holen ließ. Aber mittlerweile sind die Probleme an Sachsens Schulen unübersehbar: 1 200 neue Lehrer brauchte das Land in diesem Jahr als Ersatz für die auscheidenden alten Kollegen. Aber es gab kaum welche und deshalb stellte Sachsen, ähnlich wie Berlin, Seiteneinsteiger ein. 500 insgesamt. Arbeitslose Ingenieure, Chemiker, sogar Studenten. „Jeden, der nicht bei drei auf dem Baum war“, sagt Petra Zais.

Sie ist Landtagsabgeordnete der Grünen, kommt aus Chemnitz und kümmert sich um Schulpolitik im sächsischen Parlament. „Acht von zehn neu eingestellte Lehrer bei uns in Chemnitz sind Seiteneinsteiger“, sagt sie. Hoppplahopp vor die Klasse gestellt, auf

geht's, das pädagogische Rüstzeug wird später in Kursen nachgeliefert. Etliche kämen nicht zurecht, einige hätten schon wieder kapituliert, die älteren Lehrerkollegen hätten die Nase voll, weil sie sich um die Neuen kümmern müssten. Junge Gymnasiallehrer seien eingestellt und dann an Oberschulen geschickt worden, „Trickserei“, sagt sie. Quereinsteiger würden zur Regel. „Hier wird Schulpolitik gemacht“, urteilt Zais, „als sei gerade ein Krieg vorbei und es herrsche krasser Mangel.“ Dabei sei Sachsen ein reiches Land.

Bei den Lehrern wird geknappst, an anderen Stellen werden große Summen verschwendet. Der sächsische Rechnungshof bemängelt aktuell, dass mit Millionenbeträgen sechs Häfen entlang der Elbe subventioniert werden, obwohl kaum Frachtschiffe fahren, weil der Fluss so flach ist. Oder: Das Land leistet sich die über 300 Jahre alte Staatliche Porzellanmanufaktur in Meißen, wo wunderschönes Geschirr gebrannt wird, aber auch zweistellige Millionenverluste gemacht werden. Noch verrückter: Man hat trotz der Nöte in den Schulen etwa 500 Lehrer in die Kultusbürokratie abgeordnet, von denen laut Rechnungshof nicht wenige seit Jahren mit Verwaltungskram beschäftigt sind, anstatt Kindern etwas beizubringen.

Geld sei ja für alles Mögliche da, meint die Grünen-Politikerin Zais. Aber es gebe einfach keine Wertschätzung für die Arbeit von Lehrern. Man habe stattdessen das Bildungssystem jahrelang schlicht ausgemolken. „Und nun haben viele hier die Schnauze gestrichen voll.“

Lehrer Kühne kennt das alles. „Der Mangel ist überall“, sagt er. „Gleichzeitig steigen aber die Ansprüche an uns Lehrer.“ 10 000 Flüchtlingskinder nahmen die Schulen in Sachsen auf. Es gebe immer mehr schwierige Kinder, die sich nicht konzentrieren oder benehmen könnten, klagen Gewerkschafter, Eltern und Lehrer seit Langem. Immer mehr Aufgaben, Integration und Inklusion, immer mehr Förderung und gezielte Betreuung seien nötig. Lehrer Kühne kennt all diese Geschichten. „Und dann haben wir ein Schulsystem wie vor hundert Jahren: Ein Lehrer steht allein vor 28 Kindern, die immer unterschiedlicher werden.“ Das Ende vom Lied: Die Normalen seien am Ende die Dummen. „Um die richtig guten Schüler kann man sich gar nicht mehr kümmern, weil einen die Problemfälle beschäftigen.“

In Sachsen ist das alles schon lange bekannt, es ist ein Thema, das die Menschen beschäftigt. Überall höre er Geschimpfe über den Mangel an den Schulen, erzählt Unternehmer und Elternvertreter Lorenz. Und dann fahre er nach Dresden ins Kultusministerium und erzähle dort davon. „Wenn ich dann fertig bin, gucken die mich an, als wäre ich doof.“ Er sei es leid, sagt der Mann. 2019 ist Landtagswahl. Wenn er nun durch Sachsen fahre und mit Leuten rede, dann empfehle er stets allen: „Macht doch euer Kreuzchen beim nächsten Mal nicht mehr bei der CDU, sondern woanders.“ Und damit renne er offene Türen ein. Die CDU, die seit 1990 in Sachsen regiert, seit 2014 mit der SPD als Juniorpartner, würde überhaupt nicht mehr verstehen, was im Lande vorgehe, sie habe den Draht verloren. „Keine Gesprächskultur, keine Reden auf Augenhöhe, nur von oben herab.“ Lorenz: „Überall wird geschimpft, aber die Politik reagiert nicht darauf.“

Neun Foren, tausend Stellungnahmen

In Dresden ist kürzlich eine geradezu nordkoreanisch anmutende Gesprächsrunde zu Ende gegangen. Seit dem Frühjahr haben sich Finanzminister, Kultusministerin und Lehrgewerkschafter getroffen. Thema: Verbesserung der Situation der Lehrer. Elf Sitzungen, jede länger als zehn Stunden. Zusammen gerechnet eine ganze Arbeitswoche, Tag und Nacht. Anfang Oktober war Schluss: Kein Entgegenkommen, kein Ergebnis. „Am Ende habe ich jede Nacht davon geträumt“, erinnert sich Ursula Kruse, die GEW-Vorsitzende. Etwas mehr Geld für Oberschullehrer wurde in Aussicht gestellt. „Aber viel zu wenig, um mit anderen Ländern mithalten zu können.“ Sachsen bräuchte auf der Stelle 1 500 Lehrerstellen mehr, allein 500 an den Oberschulen. Die in Sachsen ausgebildeten Referendare gingen weg, viele Quereinsteiger hörten schnell wieder auf. „Wenn Sachsen nicht bald Geld in die Hand nimmt und sich um Schulen, Lehrer und Kinder kümmert, hilft nicht einmal mehr ein Wunder.“

Nebenbei überarbeitet Sachsen gerade sein Schulgesetz. Das Kultusministerium veranstaltete neun Dialog-Foren im Land, Versammlungen, zu denen mehr als 1 000 Bürger kamen. Elternvertreter Lorenz war einer davon. Rund 1 000 Stellungnahmen und Vorschläge wurden eingereicht. „Wir haben uns richtig Mühe gegeben“, sagt der Unternehmer. Er ist in Eile, muss gleich weiter, aber den Satz, diesen einen Satz muss er noch loswerden: „Neun Foren, tausend Stellungnahmen und am Ende zwei oder drei winzige inhaltliche Änderungen und drei redaktionelle Verbesserungen“, schimpft er. „Ist das zu begreifen? Wir sind die Eltern“, sagt er, und es klingt wie eine Drohung. „Wir werden hier überhaupt nicht ernst genommen.“

Vergangenen Sonntag traf sich die sächsische Landesregierung unter Ministerpräsident Tillich zur Kabinettsrunde, Thema: der Lehrermangel und was man dagegen tun sollte. Das Ergebnis: Man gründete eine Kommission.